

Wie sich junge Moskauer Vordenker die Zukunft der Perestrojka vorstellen

Ein halber Schritt vor dem tiefen Abgrund

Gorbatschow kämpft noch immer für einen wirklichen

Neuanfang – doch die Demokratisierung ist nicht unumkehrbar

Von Josef Joffe

Moskau, im Januar – Wo sonst der Oberste Sowjet hinter den Kreml-Mauern tagt, war diesmal ein bunteres Völkchen eingezogen: ein Indianer im Büffelleder-Gewand, ein afrikanischer Häuptling mit Feder im Filzhut, zwei amerikanische Senatoren, Popen, Rabbiner und Patriarchen. In der Hochburg des „dialektischen Materialismus“ stimmte ein buddhistischer Mönch ein langes „Ommm“ an; der Saal – die Besucher des Global Forum on Environment, die auf Einladung Gorbatschows in den Kreml gekommen waren – antworteten mit einem tausendstimmigen, inbrünstigen „Ommm“.

Die verzückten Delegierten aus 80 Ländern hatten sich in der einstigen Hauptstadt des Atheismus versammelt, um die Welt – genauer: die „Bio-Sphäre“ und das „Öko-System“ – zu retten, und nun harrten sie des Hauptredners, Michail Sergejewitsch Gorbatschow, der unter dem prüfenden Blick von V. I. Lenin („Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung“) gleich Kant zitieren würde.

Vom „ökologischen Imperativ“ sprach er, und davon, daß ihn die Sowjetunion „bis vor kurzem“ schmählich mißachtet habe, derweil sie, der Devise Lenins folgend, die Industrialisierung um jeden Preis vorangetrieben hatte. Aber die Perestrojka habe auch diese „gedankenlose Politik“ verändert. „Die Stunde hat geschlagen“, und die Sowjetunion wolle fortan an der Spitze der weltweiten Öko-Bewegung marschieren. Nicht mehr militärische, sondern „ökologische Sicherheit“ sei ihr Leitstern: die 1000 „Omm“-Beseelten dankten's ihm mit einer standing ovation.

Hinterher, beim Empfang, dankte der „Schutzherr des Friedens, der Freiheit und der Moral“ (so ein beflissener indischer Redner) dem Global Forum mit Kaviar, Stör und Wodka, aber draußen, jenseits des Kreml-Festungswalls, sind die Ovationen für Gorbatschow verklungen, sind andere Schutzherrn gefragt. Nach einer seiner regelmäßigen „Erneuerungen“ ist der Leichnam Lenins gerade wieder in sein unterirdisches Mausoleum zurückgekehrt, und wieder formiert sich täglich auf dem Roten Platz eine Schlange von zwei-, dreihundert Metern, die zum Revolutionsheiligen strebt – so, als wollten sich die Menschen mit dem Blick auf den frisch ge-

wachsen Lenin vergewissern, daß ihre vertraute Welt noch nicht untergegangen ist.

Hier, bei Lenin, ist die Welt tatsächlich noch in Ordnung. Die Andächtigen müssen sich auf Geheiß der Wachen wie Erstklässler in Zweier-Reihen anstellen; ein knapper Befehl bedeutet ihnen, die Hände aus der Tasche und den Hut vom Kopf zu nehmen. Ans Tageslicht zurückgekehrt, können sie sich abermals vergewissern, daß Glasnost und Perestrojka noch keinen Säulenheiligen des Sowjet-Kommunismus vom Sockel gestürzt haben. Sie schieben sich an der Kreml-Mauer entlang, vorbei an den steinernen Bildnissen von Breschnjew, Andropow und Tschernenko, die am Fuße der Mauer begraben sind – bis zu Stalin, auf dessen Grabplatte nicht die obligaten drei Plastiknelken, sondern gleich fünf Rosen liegen.

Moskau im Winter – ein Stadt zwischen vorgestern und übermorgen: hier Gorbatschow, der den Delegierten des Forums ein „Internationales Grünes Kreuz“ für den Öko-Katastropheneinsatz vorschlägt, dort die wütenden Mütter, die nicht verstehen wollen, daß ihre Söhne im Zuge der Teilmobilmachung zum Kampfeinsatz in den Kaukasus geschickt werden; im Kreml Kaviar satt (und noch kostbarer: frische Tomaten) für die Forumsgäste, draußen, vor dem leeren GUM-Kaufhaus, ein kleiner Junge mit altem Gesicht, der

mit der Zigarette im Mund dem Westler verstohlen Militär-Insignia zum Kauf andient; hier ein Gorbatschow, der von *Time* zum Mann nicht bloß des Jahres, sondern des Jahrzehnts gekürt worden ist, dort der alt-neue russische Chauvinismus, der das Land in den Fangarmen des „zionistischen Kraken“ wähnt, als Opfer „der privilegierten Kaste der Juden in der Sowjetunion und des Weltjudentums insgesamt“.

Und so formieren sich derzeit jenseits vom Roten Platz die beiden längsten Schlangen in der Hauptstadt nicht vor den Geschäften, sondern vor der deutschen und amerikanischen Botschaft. 110 000 Aussiedler sind im vorigen Jahr nach Deutschland ausgewandert – aus „Angst vor dem Pogrom“, wie ein Volksdeutschenvertreter versichert. Im selben Zeitraum hat eine Viertelmillion Juden das Land verlassen; 300 000 Visa-Anträge liegen noch unbearbeitet im amerikanischen Konsulat.

Moskau im Winter: Die Schlangen vor den Konsulaten zeugen nicht von Vertrauen, und die 18 Rubel für das Kilo Gurken auf dem „freien Markt“ (fast ein Zehntel des normalen Monatseinkommens) zeugen nicht vom Fortschritt der Perestrojka, da, wo Gorbatschow ihn am meisten braucht: auf dem Mittagstisch. „Unser größtes Problem“, notiert Alexej Arbatow vom Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen (IMEMO), „ist es, die Regale überhaupt mit den Produkten zu füllen, die es noch vor zehn, 20 Jahren reichlich zu kaufen gab.“

Moskau im Winter 1990 – das ist die Hauptstadt eines Imperiums, dem letzten des 20. Jahrhunderts, das in seiner bösartigsten Krise seit Einfall der deutschen Armeen vor knapp 50 Jahren steckt. Dabei ist es nicht der äußere „Klassenfeind“, der vor den Toren steht; der betrachtet Gorbatschow von Washington bis Bonn mit äußerstem Wohlwollen und mitfühlender Sorge. Es ist eine Krise, die Gorbatschow zusammen mit seinen engsten Beratern, dem Außenminister Schewardnadse und dem Politbüro-Mitglied Jakowlew, selbst losgetreten hat.

Die offene Sezession im Baltikum, ein gnadenloser Bürgerkrieg im Transkaukasus, der Kollaps der strategischen Bastion DDR – warum hat sich Gorbatschow auf dieses Verlust-Spiel eingelassen? Er tat es, mußte es tun, sagen seine Vertrauten, weil „wir nach den Breschnjew-Jahren vor einem tiefen Abgrund standen.“

Boris Piadyschew, ein Schewardnadse-Mann, sitzt heute in dem holzgetäfelten Zimmer, das einst dem vorigen Außenminister, Andrej („Grimmgromm“) Gromyko in seiner Eigenschaft als Herausgeber der Ministeriums-Zeitschrift *International Affairs* gehörte. „Breschnjew hatte eine furchtbare Erbschaft hinterlassen. Dem Mann in der Straße ging es zwar ziemlich gut, aber der Preis der Breschnjew-Herrschaft war nicht nur Vetternwirtschaft, Korruption und Kriminalität, sondern auch ein Riesenmonster namens Außenpolitik. Was hatten wir in Angola zu suchen, in Mittelamerika – wo ist das überhaupt? Das war eine unerträgliche Last.“

Also stand Gorbatschow vor der klassischen Leninschen Frage: Was tun? Gorbatschows Antwort, so Piadyschew, war: „Keine außenpolitischen Dummheiten mehr, keine Interventionen Tausende von Kilometern von Moskau entfernt, keine ‚Klassenpolitik‘ mehr im Äußeren, son-

Quelle

Datum

„...dern nur noch Interessenpolitik.“ Der Besucher unterbricht ihn und zeigt fragend auf das Konterfei von Karl Marx, das über dem Sofa hängt: „Der gilt nun nicht mehr?“ Piadyschew lacht und antwortet auf Englisch: „*This is your guy*“, das ist ein Deutscher. Und dann fügt er hinzu: „Das war die einzig richtige Entscheidung, denn wir waren überzeugt, daß zuerst die Außenpolitik entrümpelt werden mußte, vor allem in Osteuropa, damit der Umbau im Inneren gelänge.“

Daß Gorbatschow es wirklich ernst meinte, hat jahrelang nicht nur der Westen bezweifelt. „Wir waren uns auch nicht sicher“, sagt der Schwardnadse-Vertraute, „jedenfalls nicht bis zum 9. November 1989, dem Tag des Berliner Mauerdurchbruchs – obwohl auch schon der Abzug aus Afghanistan im Februar ein klarer Beweis war.“ Dann unterbricht der Außenamts-Mann seinen Redefluß: „Na-

türlich ist nicht jedermann begeistert; vielleicht sagen sich jetzt acht von zehn Sowjetbürgern: Wir haben dies alles aufgebaut, kein Imperium, sondern eine sozialistische Staatengemeinschaft, und jetzt ist sie in zehn Tagen zusammengebrochen. Deshalb fragen sie sich: Was für ein Führer ist dieser Gorbatschow, der uns das alles eingebrockt hat?“

Ein Kollege schreibt fleißig jedes Wort mit, und Piadyschew wiederholt: „Trotzdem, das war die einzig richtige Entscheidung.“ Auch das ist Moskau im Winter 1990: Noch nie, auch nicht in den ersten Gorbatschow-Jahren, haben sowjetische Offizielle und Halb-Offizielle so frei und so offen geredet. Eine neue Welt hat sich aufgetan, zumindest im Dunstkreis von Partei und Staat – vorweg unter der jungen Intelligentsija zwischen 30 und 40 Jahren, die unter Gorbatschow die Karriereleiter emporkatapultiert worden ist. Vergessen, zumindest beiseitegelegt, sind die vorgestanzten Formeln, die stets die gerade vorherrschende Sprachregelung wiedergaben. Es ist eine Mischung aus Bekennerlust, Selbstkritik und Freude an der pointierten Formulierung, wie sie dem Fremden in Bonn, Paris und Washington nicht zuteil würde.

Auch scheinen sich die *Institutschniki* des Risikos bewußt zu sein. „Natürlich ist in unserem Land die Demokratisierung nicht unumkehrbar“, sagt der junge Andrej Arbatow vom IMEMO, dessen Vater Georgij, der Chef des USA-Instituts, zahllose Rede-Schlachten im Westen mit schwerem Säbel ausgefochten hatte, der nie auch nur einen Zentimeter zurückgewichen war, wenn es darum ging, die SS-20-Raketen oder die Afghanistan-Invasion propagandistisch zu verteidigen. „Natürlich“, sagt Arbatow jr., „werden Leute wie ich leiden, wenn die Konservativen die Macht wiedererlangen.“ Er glaubt, daß der Krieg noch nicht gewonnen sei: „Wir sind am Scheidepunkt angelangt. Noch in diesem Jahr wird die Entscheidung fallen zwischen kühnerer Reform oder aber ver-

schärfstem Zentralismus.“ Doch wettet er auf den Triumph der Radikalen, auch wenn Premier Rischkow just die Wirtschaftsreform wieder gebremst hat: „Die alten Methoden werden sich endgültig als unwirksam erweisen, und dann wird Gorbatschow den Weg zu echten Reformen freigegeben müssen.“

Andere sind zutiefst pessimistisch, zum Beispiel Andrej Kortunow vom USA-Institut, wo man sich auf ersten Blick nicht in Moskau, sondern auf einem amerikanischen Universitäts-Campus wähnt: die gleichen Nickelbrillen, Tweed-Jackets und Cordhosen – und die gleichen Schreibcomputer die, COCOM hin oder her, wohl direkt beim amerikanischen Discounter „organisiert“ worden sind. „Unsere politische Führung“, meint der junge Akademiker, „glaubt immer noch, daß der Sozialismus funktionieren kann.“ Deshalb hätte sie auch in Osteuropa die Zügel schiessen lassen, in der Hoffnung, daß die Revolution allenfalls eine „Korrektur des bestehenden System“ zeugen würde, daß Osteuropa den Taktstock von Glasnost und Perestrojka nicht aus dem Auge verlieren würde. Das war ein Irrtum, denn: „Die Gesellschaft in Osteuropa ist dynamischer als die sowjetische. Die Osteuropäer hatten nur 40 Jahre unter dem Sozialismus zu leben, und mit 40 ist die Scheidung einfacher als mit 70.“

Ob Radikale oder Konservative – in Moskau fühlt sich jedermann überrollt von der scheinbar unaufhaltsamen Dampfwalze der Revolution in Osteuropa, zumal in der DDR. Verwirrung paart sich mit Furcht vor den Reaktionären, die den Kollaps des äußeren Imperiums, den Abfall des Baltikums und den mörderischen Aufruhr im Kaukasus, so Kortunow, „für ihre Zwecke ausbeuten werden“. Was Wunder, daß die akademischen Vordenker vorweg im Prinzip Hoffnung Zuflucht suchen.

Die einen, wie etwa der Schwardnadse-Zuarbeiter Boris Piadyschew, glauben schlicht an die Vernunft der Balten. Immerhin könnte Gorbatschow ihnen wahrscheinlich schon Ende Januar einen „Höchstgrad an Souveränität und Unabhängigkeit“ anbieten, mitsamt dem Recht auf diplomatische Beziehungen zu jedem Land der Welt. Das könnte im Rahmen einer „echten Föderation“ gar auf alle 15 Republiken ausgeweitet werden. „Stellen Sie sich vor“, sagt er mit feinen Lächeln, „wie glücklich Sie sein werden, wenn Sie demnächst den Botschafter von Usbekistan in Bonn begrüßen können.“

Das Prinzip Hoffnung besagt auch, daß die Sezessionisten ihre ureigenen Interessen im kühlen Licht der Vernunft sehen werden. „Die können sich nicht selbst in den Finger schneiden“, meint Piadyschew. „Für die Mehrheit in den Republiken ist die Union unverzichtbar. Wie könnten die Usbeken und Tadschiken alleine überle-

ben?“ Sergei Karaganow, stellvertretender Direktor des Europa-Instituts und einer der jungen Chef-Ideologen der neuen Außenpolitik, drückt es brutaler aus: „Wir können die Balten wirtschaftlich ruinieren, wenn sie austreten.“ Den Einwand, daß die Nordwest-Republiken wirtschaftlich potenter seien als die meisten anderen, weist er mit kühler Ironie zurück: „Gewiß doch, die sind Spitzenreiter in der Milch- und Käseproduktion, die ihnen die Europäische Gemeinschaft liebend gerne abnehmen wird.“

Das Prinzip Hoffnung besagt weiterhin, daß die Sowjetunion im Ernstfall als legitime Ordnungsmacht auftreten könne – wie in Aserbaidschan. Gorbatschow wolle keinesfalls die „Grenze der Autonomie mit Blut ziehen“. Aber die Union könne dazu schlicht gezwungen werden – nicht etwa, um das Imperium, sondern um die Minderheiten zu verteidigen. „Ein Fünftel der litauischen Bevölkerung sind anderer Nationalität – Russen, Juden, Ukrainer“, rechnet Alexej Arbatow vor, „und 40 Prozent in Estland und gar 50 Prozent in Lettland. Bevor es dort zur Sezession kommt, wird der Bürgerkrieg ausbrechen, und dann werden wir wie die Briten in Nord-Irland und wie jetzt in Aserbaidschan gezwungen sein, zugunsten der Minderheitenrechte einzugreifen. Das Bürgerkriegs-Szenario ist plausibler als das Sezessions-Szenario, und diese Wahrscheinlichkeit wird von den Austrittspredigern schlicht unterschätzt.“

Die Apokalypse als Hoffnung – das zeigt, wie hilflos selbst die klügsten Köpfe vor dem Flächenbrand im Norden und Süden der Union stehen. Als Abraham Lincoln in den Bürgerkrieg gegen die amerikanischen Südstaaten zog, hatte er nicht nur ein überlegenes Wirtschaftssystem, sondern eine mächtige Einheitsideologie im Rücken, die ihre Kraft aus den universellen Prinzipien der *Bill of Rights* und der Unabhängigkeitserklärung schöpfte. Was aber hat Gorbatschow? Seine Appelle an die Vernunft ähneln Tautologien: Die Union muß erhalten werden, weil sie erhalten werden muß ... Und er hat das Argument der Waffen; doch inzwischen desertieren schon die Soldaten in Aserbaidschan, Armenien und Georgien.

Derweil das Land an den Rändern in Flammen aufgeht, zerfällt die Sowjetmacht im äußeren Imperium von Berlin bis Bukarest. Kann die Sowjetunion, selbst wenn sie der Flammen Herr wird, überhaupt als Großmacht überleben? „Mir persönlich ist es egal, ob die Sowjetunion als Großmacht betrachtet wird“, lautet die lapidare Antwort des Chefredakteurs von *International Affairs*. Wladimir Baranowsky, der Chef der Westeuropa-Abteilung im IMEMO, stellt die Gegenfrage: „Was hatten wir denn von unserem Großmachtsgebaren? Mit den SS-20-Raketen konnte man eine treffliche Bedrohungskulisse aufbauen, aber ist es nicht viel profitabler, gute Beziehungen zu Westeuropa zu unterhalten? Liegt unsere Sicher-

heit wirklich in der Herrschaft über Zwangs-Verbündete, oder sind wir nicht besser bedient mit Beziehungen zu Nachbarn, die sich nicht bedroht fühlen?" Sergej Karaganow vom Europa-Institut drückt es noch drastischer aus: „Zum Teufel mit Osteuropa. Das war ein Faß ohne Boden und eine Zeitbombe zugleich. Für unsere Sicherheit brauchen wir keine Vorfeld-Kontrolle, weil wir inzwischen verstehen, daß Atomwaffen ein Mindestmaß an Sicherheit auch ohne Alliierte verleihen und im Westen uns niemand angreifen will.“

Baranowskys Fazit: „Die übertriebene Ausdehnung bedroht das Überleben einer Großmacht.“ Und: „Wir müssen ein für alle Mal mit der Konfrontationspolitik aufhören und uns wieder ein Platz in der Weltgemeinschaft suchen.“ Andrej Kortunow vom USA-Institut sieht in der Selbstbescheidung ebenfalls mehr Gewinn als Verlust: „Der relative Niedergang ist unvermeidlich. Wir müssen vom Zustand einer (militärischen) Supermacht in den einer echten europäischen Großmacht übergehen, unsere Wirtschaft und Gesellschaft erneuern. Die „Währung der Macht“ hat sich verändert; wir müssen eine Art von Bundesrepublik werden.“

Das ist das Stichwort für das Reizthema Wiedervereinigung. Die Moskauer Vordenker haben sich nicht einmal im Albtraum vorstellen können, was die Entscheidung der Führung anrichten würde. Der Nationalen Volksarmee im Oktober - so ein Insider - „die Schieß-Erlaubnis zu verweigern“. Man habe „die deutsche Dynamik total unterschätzt“, konzediert Sergej Karaganow vom Europa-Institut. Und inzwischen hält jeder die Wiedervereinigung für unvermeidlich - und hält sich dennoch auch hier an das Prinzip Hoffnung.

„Zumindest heute,“ sagt ein hochgestellter *Institutschnick*, der nicht beim Namen genannt werden will, „gibt es keine einflußreiche Gruppe in der Sowjetunion, welche die Wiedervereinigung stoppen möchte.“ Aber auch er hofft, daß die Dynamik irgendwie gebremst werden könnte - „vielleicht durch solche existierende Mechanismen wie die Vier Mächte oder den Helsinki-Prozeß“. Ein anderer konzediert, daß die „Sowjetunion nicht einen dritten Weltkrieg wegen Deutschland beginnen“ würde, aber auch er hofft, daß die „Euphorie von Leipzig nicht ewig andau-

ern und die Normalität wieder einkehren“ werde. Andrej Kortunow vom USA-Institut, einer der radikalsten Denker, gibt Modrow keine Chance und rechnet damit, daß das „neue Regime nach dem 6. Mai der Bundesrepublik die Wiedervereinigung geradezu abringen“ werde.

Dennoch dürfe Bonn die „internationalen Realitäten“ nicht ignorieren, wie zum Beispiel die Vier-Mächte-Verantwortung. Auch sei die „wachsende Macht Deutschlands ein Problem für die Sowjetunion“, notiert der Westeuropa-Experte Baranowsky. Wie das Problem denn „gemanagt“ werden könnte? Da mischt sich harter Realismus mit utopischen Visionen: „Natürlich kann ein vereintes Deutschland nicht Mitglied der NATO sein, und die weitere Frage lautet, wie dieses Deutschland entwaffnet werden kann,“ folgert Sergej Karaganow vom Europa-Institut. Dagegen setzt der USA-Spezialist Kortunow auf die alte amerikanische Weisheit: *If you can't lick them, join them* - wenn du sie nicht niederboxen kannst, nimm sie in den Clinch“. Demnach könnte „Gesamtdeutschland in der NATO bleiben, aber die NATO mausert sich zu einer Management-Gesellschaft der politischen Demokratien, der sich auch die Sowjetunion anschließen könnte.“ Oder Deutschland bleibt draußen, „und die UdSSR tritt in die EG ein,“ spekuliert der Europa-Experte Karaganow.

Moskau im Winter: Das außenpolitische Kalkül verblaßt, die einst ewigen Wahrheiten über Machterhalt und Vorfeld-Kontrolle wanken, das brüchige Imperium krümmt sich nach innen. Was zählen die „Barbaren“ vor den Toren, wenn der schlimmste Feind im Lande selbst aufmarschiert ist? „Die Wiedervereinigung ist nicht unser erstes Problem,“ resümiert der Westeuropa-Forscher Baranowsky. „Die allererste Priorität, sowohl für die Radikalen als auch für die Konservativen, gehört der Innenpolitik. Gorbatschow wird nicht wegen der Wiedervereinigung fallen, nicht einmal wegen des Abfalls der Balten. Allein die innere Entwicklung wird über sein Schicksal entscheiden.“

3

26

12